



Antrag

der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Für ein faires Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es in keinem anderen in Deutschland angebotenen Studiengang so viele unbezahlte Pflichtpraktika wie im Medizinstudium gibt. Dies ist aufgrund der vielfältigen und wichtigen praktischen Aufgaben des Ärzteberufs grundsätzlich zu begrüßen. Der dritte und letzte Abschnitt des Medizinstudiums das Praktische Jahr (PJ) dauert aktuell 48 Wochen, in denen die erworbenen fachlichen Kenntnisse angewandt und die Studierenden so auf den praktischen Berufsalltag vorbereitet werden sollen.

Seit mehreren Jahren steht die Ausgestaltung des Praktischen Jahres aus vielfältigen Gründen in der Kritik. Die fehlende Mindestvergütung, keine Anerkennung von Krankheitstagen und die teilweise unzureichende Anleitung und Betreuung der Studierenden, gepaart mit der hohen Belastung während des PJs, führen in Kombination häufig zu Burn-Out und anderen Erkrankungen. Deshalb hat die Bundesvertretung der Medizinstudierenden eine Online-Petition „Ausbildung statt Ausbeutung: Endlich ein #faresPJ im Medizinstudium!“ gestartet.

Die Ausgestaltung des PJ ist in der Ärztlichen Approbationsordnung geregelt. Für die zukünftige neue Approbationsordnung liegt aktuell bereits ein Referentenentwurf aus dem Bundesministerium für Gesundheit vor. Die Approbationsordnung wird im Bundesrat zustimmungspflichtig sein, weshalb die Länder einen Einfluss auf deren Ausgestaltung nehmen können.

Der Landtag bittet deshalb die Landesregierung darum,

- sich dafür einzusetzen, dass attestierte Krankheitstage nicht mehr auf die erlaubte Anzahl an Fehltagen angerechnet werden, um die gängige Praxis,

dass Studierende im PJ krank erscheinen und dadurch die Gesundheit ihrer Kolleginnen und Kollegen, sowie der Patientinnen und Patienten potenziell gefährden, zu beenden.

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine Vergütung in Höhe des aktuellen BAföG-Höchstsatz in der Approbationsordnung festgeschrieben wird und die Gegenfinanzierung auch im Zuge der neuen Krankenhausstrukturreform ausreichend sichergestellt wird.
- sich dafür einzusetzen, dass die Betreuung sowie Lehrveranstaltungen während des PJs, wie in den Entwürfen der Approbationsordnung vorgesehen, zeitnah umgesetzt werden.
- darauf hinzuwirken, dass ein geeigneter Mindestabstand zwischen dem dritten Staatsexamen und dem Ende des PJs eingeführt wird, um eine intensive Vorbereitungsphase außerhalb der Vollzeittätigkeit während des PJs zu gewährleisten.
- sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Medizinstudierenden in Schleswig-Holstein, dem UKSH und anderen Krankenhäusern sowie Einrichtungen, die die Durchführung des Praktischen Jahres anbieten, zusammenzuschließen, um sich gemeinsam auf die Anpassung der neuen Approbationsordnung vorzubereiten.
- attraktive Strategien zu entwickeln, um Studierende aus Schleswig-Holstein, sowie PJ Studierende aus anderen Ländern in Schleswig-Holstein zu halten, bzw. für das Praktizieren in Schleswig-Holstein zu motivieren.
- PJ Studierende, die mangelnde Deutschkenntnisse aufweisen, adäquat zu unterstützen und in Kooperation mit Universitäten und Einrichtungen Hilfeleistungen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

In Anbetracht des Ärztemangels und der Altersstruktur der praktizierenden Ärzteschaft in Schleswig-Holstein sind wir neben Umstrukturierungsmaßnahmen auf jedes zusätzliche Fachpersonal angewiesen. Ein attraktives Medizinstudium in Schleswig-Holstein ist deshalb nicht nur im Interesse der Studierenden selbst, sondern auch absolute Notwendigkeit.

Häufig wird das Praktische Jahr (ab 2027 in vier Quartalen statt bisheriger drei Tertiale) auch dafür genutzt, um den potenziell späteren Arbeitsort schon einmal kennenzulernen. Schlechte Bedingungen des Praktischen Jahres verringern also nicht nur die Qualifikation des späteren Fachpersonals, sondern auch die Chancen der Krankenhäuser und Einrichtungen, junges Fachpersonal zu gewinnen.

Die neue Ärztliche Approbationsordnung muss deshalb die Anforderungen an das zukünftige Berufsbild der Ärztinnen und Ärzte aufgreifen und die Lehre (damit auch das Praktische Jahr) daran anpassen.

Wiebke Zweig
und Fraktion

Malte Krüger
und Fraktion